

Aus der Arbeit des Deutschen Vereins

Das European Social Network und seine „Konferenzen des Sozialwesens“ in der Arbeit des Deutschen Vereins

–cm– 1996 fand in der Geschäftsstelle des Deutschen Vereins in Frankfurt am Main eine europäische „Konferenz des Sozialwesens“ statt. Eine kleine Gruppe von Sozialamtsleiter/innen aus mehreren europäischen Ländern hatte es sich – angeführt von John Halloran aus dem britischen Brighton – zur Aufgabe gemacht, mit regelmäßigen europäischen Konferenzen ein neues Angebot für die Zusammenarbeit der öffentlichen Sozialdienste in Europa zu etablieren. Der damalige Sozialamtsleiter der Hansestadt Hamburg, Helmut Hartmann, gehörte zu den Mitstreitern. Er holte die Tagung Mitte der 1990er-Jahre dann auch in den Deutschen Verein.



Aus der Reihe der Konferenzen entstand 1999 das European Social Network (ESN) mit Sitz in Brighton. Mit den Jahren wuchs das Netzwerk. Alles wurde größer – die Konferenzen, die Vernetzung zur Politik und Wissenschaft auf europäischer Ebene, die Zahl der Mitglieder. Heute versammelt ESN über 120 Mitgliedsorganisationen in 35 Ländern. Der Mitgliederkreis setzt sich vor allem aus Vertreter/innen nationaler Vereinigungen von Sozialamtsleiter/innen zusammen, aber auch aus Sozialamtsleiter/innen einzelner Kommunen, Direktor/innen öffentlicher sozialer Dienste, Vertreter/innen von Regionen/Ländern, Landkreisen und Kommunen oder ihrer Behörden im Sozialbereich, Wissenschaftler/innen und Repräsentanten weiterer Akteure der Sozialpolitik. Sie alle eint, dass sie in irgendeiner Form an der Weiterentwicklung der sozialen Dienste bzw. ihrer Planung, Bereitstellung oder Evaluierung beteiligt sind und den internationalen Erfahrungsaustausch als ein bereicherndes Element ihrer Arbeit schätzen. Der fachliche Austausch findet praktisch in Arbeitsgruppen, ESN-Seminaren oder bei gegenseitigen Besuchen der Mitglieder statt. Die unzähligen innovativen Praxisbeispiele, die bei diesen Gelegenheiten vorgestellt werden, speist ESN fortlaufend in eine eigens eingerichtete Online-Praxisdatenbank ein (<http://www.esn-eu.org/practices/index.html>), wo sie nach Land, Art

der Dienstleistung oder Zielgruppe recherchierbar sind.



Foto: John Halloran und Michael Löher anlässlich der Sitzung der ESN-Arbeitsgruppe „Mental health“ in der Geschäftsstelle des Deutschen Vereins am 2. März 2011 (© DV)

Der Deutsche Verein ist seit 2008 Mitglied des ESN. Seither hat er das Angebot zur Mitwirkung bei ESN regelmäßig gut nutzen können, z.B. in Veranstaltungen zu Sozialplanung, integrierten Sozialdiensten, psychischer Gesundheit, Pflege, frühkindlicher Bildung oder Integration von jungen Migrant/innen. Seit 2006 gelang es dem Deutschen Verein auch etliche Male, eigene Arbeitsergebnisse auf den Jahreskonferenzen einem internationalen Publikum vorzustellen und aus der Diskussion neue Impulse für die weitere Arbeit mit nach Hause zu nehmen.

In den letzten zehn Jahren hat sich ESN in seiner Arbeit verstärkt auch der Bewertung sozialpolitischer Initiativen aus Brüssel zugewendet. Die Jahreskonferenzen wurden an die rotierende EU-Ratspräsidentschaft gekoppelt. Finanzielle Mittel aus EU-Programmen zur Förderung der europäischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der sozialen Eingliederung und sozialen Innovation ermöglichten dem Netzwerk den weiteren thematischen und personellen Ausbau. Umso bitterer traf es die ESN-Geschäftsstelle, als nach dem Referendum für den „Brexit“ 2016 klar war, dass dieses Engagement zukünftig von einem Nicht-EU-Staat aus nicht fortzusetzen sein wird. Folgerichtig verlagert ESN deshalb seine Aktivitäten von Brighton nach Brüssel. Mit dem Wechsel soll ein neues Kapitel in der Geschichte des European Social Network aufgeschlagen werden, auch, weil John Halloran nach über 25 Jahren seine Rolle an der Spitze des Netzwerks abgab. Zum 1. Januar 2018 wurde Alfonso L. Montero neuer Geschäftsführer des ESN. Er ist dem Netzwerk durch seine langjährige Arbeit in der Geschäftsstelle bereits bestens verbunden.

Ungeachtet dieser Veränderungen läuft die fachliche Arbeit des Netzwerks un-

vermindert weiter. ESN möchte 2018 mit seinen Mitgliedern einen „Instrumentenkasten für Technologie“ erarbeiten. Eine Arbeitsgruppe wird sich mit der Frage beschäftigen, wie sich technologische Neuerungen so einsetzen lassen, dass die Anbieter sozialer Dienste ihre Angebote effizienter managen können und die Betroffenen gleichzeitig von mehr Unabhängigkeit und Selbstbestimmtheit bei der Nutzung der Dienste profitieren. Um integrierte Dienste und Pflegeleistungen wird es in einer weiteren ESN-Arbeitsgruppe gehen. Es ist vorgesehen, die Gremienarbeit durch gegenseitige Studienbesuche in ganz Europa zu ergänzen. Der Austausch über die Ländergrenzen hinweg soll zeigen, wie sich soziale Dienste mit Angeboten zur Förderung der Bildung, Erziehung und Beschäftigung verzahnen lassen und welche guten Beispiele für interdisziplinäre und sektorenübergreifende Zusammenarbeit vor Ort es bereits gibt. Ein dritter Arbeitsschwerpunkt ist die Stärkung der Rolle der Nutzer bei der Planung, Bereitstellung und Evaluierung sozialer Dienstleistungen, insbesondere für Kinder, ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen. Zunächst will ESN den Status quo im europäischen Vergleich wissenschaftlich aufarbeiten lassen. Nach dem Austausch mit Praktiker/innen über die Forschungsergebnisse soll eine Art „Assessment-Formular“ für Nutzerbeteiligung in der kommunalen Praxis entwickelt werden.

Für die Zeit nach 2018 hat ESN angekündigt, Langzeitpflege im Wettbewerb und aktive Eingliederung im lokalen Gemeinwesen stärker in den Mittelpunkt der Arbeit zu rücken. Grundstein soll eine europäische Analyse der Zusammenarbeit der Anbieter von Pflegeleistungen, ihrer Nutzer/innen und der Kostenträger in der Langzeitpflege in den nächsten zehn Jahren sein, die auch relevante Fragen zur öffentlichen Auftragsvergabe an Dritte oder ihre Beauftragung umfasst. Neue Typen von Dienstleistungsangeboten und neue Märkte sollen beleuchtet werden, insbesondere im Hinblick auf den Erhalt bzw. die Verbesserung der Wahlfreiheit für chronisch erkrankte Menschen und ihre Familien. Im Rahmen der Beschäftigungsförderung wird es ESN vor allem um die Rolle sozialer Dienste bei der Entwicklung von lokalen Strategien zur aktiven Eingliederung gehen, wobei das Hauptaugenmerk auch hier auf der sektorübergreifenden Zusammenarbeit innerhalb der Kommune und der Weitergabe guter Praxiserfahrungen liegen dürfte.

Momentan konzentriert sich die Arbeit des ESN allerdings vorrangig auf die Vorbereitung der nächsten, nunmehr 26.

„Konferenz des Sozialwesens“. Vom 28. bis 30. Mai 2018 sind rund 500 Praktiker/innen, Expert/innen und Interessierte aus ganz Europa eingeladen, im spanischen Sevilla unter dem Motto „Investitionen – Innovationen – Transformationen: Empowerment von Menschen und Gemeinschaften“ ihre Erfahrungen und Erkenntnisse zu neuen Trends und den Herausforderungen für die öffentlichen sozialen Dienste auszutauschen. Weitere Informationen zum Programm und die Möglichkeit zur Anmeldung finden sich in deutscher Sprache unter: <http://www.essc-eu.org/german/>. Und vielleicht ergibt sich 2020, wenn Deutschland die EU-Ratspräsidentschaft übernimmt, die Gelegenheit, dass das European Social Network gemeinsam mit dem Deutschen Verein wieder einmal zu einer europäischen „Konferenz des Sozialwesens“ nach Deutschland einladen kann.

Persönliche Nachrichten

Roland Klinger



–rm– Als sich zum 31. Dezember 2004 die beiden Landeswohlfahrtsverbände Baden und Württemberg-Hohenzollern auflösten und der Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-

Württemberg (KVJS) aus der Taufe gehoben wurde, fand eine langwierige und zum Teil erbittert geführte Diskussion ein Ende, die manche Beteiligten an die Kontroversen um die Gründung des „Südweststaates“ zu Beginn der 1950er-Jahre erinnerte. Es mussten massive Widerstände – insbesondere von Seiten der badischen Landkreise – überwunden werden, ehe die Aufgaben der Landeswohlfahrtsverbände aufgeteilt und an die Stadt- und Landkreise sowie an den KVJS übergeben werden konnten. Seitdem ist es ruhig geworden um den Kommunalverband, der Sturm hat sich gelegt und die Diskussionen beschränken sich auf sachliche Themen. Das ist nicht zuletzt das Verdienst von Roland Klinger, der dem KVJS seit 1. Januar 2005 als Verbandsdirektor vorsteht und dessen Kompetenz innerhalb und außerhalb des Verbandes gefragt ist.

Roland Klinger wurde am 28. März 1953 in Neuhausen/Filder, einer Gemeinde im Landkreis Esslingen, geboren und sammelte in den Jahren 1969 bis 1972 erste

berufliche Erfahrungen in der Verwaltung der Gemeinde Stammheim/Calw und in den Landratsämtern Calw und Rottweil. Nach einem Studium an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen in Stuttgart, das er 1974 als Diplom-Verwaltungswirt (FH) abschloss, arbeitete Roland Klinger für etwas mehr als ein Jahr in der Stadtkämmerei der Stadt Esslingen am Neckar, ehe er 1975 ins Innenministerium Baden-Württemberg wechselte, um im Landespolizeipräsidium die Aufgaben eines Personalreferenten zu übernehmen. Vier Jahre später ereilte ihn der Ruf des Landkreistages, des Zusammenschlusses der 35 Landkreise in Baden-Württemberg. Neben zahlreichen Aufgaben von der Abfallwirtschaft bis zur Gewerbeaufsicht gehört auch die Zuständigkeit als Träger der Sozial- und Jugendhilfe zu dessen Kernverantwortung. Mehr als 20 Jahre lang sollte sich Roland Klinger zunächst (ab 1979) als Sozialreferent und ab 1990 als Sozialdezernent u.a. mit Fragen der Sozialhilfe, insbesondere der Eingliederungshilfe und Pflege, der Kinder- und Jugendhilfe, des Sozialdatenschutzes und der Förderung von Kindern in Kindertagesstätten beschäftigen. Seine fachliche und sozialrechtliche Expertise war rasch auch außerhalb der Verbandsstrukturen gefragt. Von 1980 bis 2011 war Klinger Dozent für Sozialrecht bei der Württembergischen Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie und ab 1981 Lehrbeauftragter für Sozialrecht an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen in Ludwigsburg. Später kamen noch Lehraufträge an der Fachhochschule für Sozialwesen Esslingen und an der Evangelischen Fachhochschule Ludwigsburg hinzu.

Aufgrund seiner außergewöhnlichen Kompetenz in wichtigen Fragen des Sozialhilferechts war es nur eine Frage der Zeit, bis Roland Klinger mit dem Deutschen Verein in Kontakt kommen sollte. Nachdem er sich seit Beginn der 1980er-Jahre in Arbeitsgremien des DV – beispielsweise zur (damals noch als „Nichtsesshaftenhilfe“ apostrophierten) Wohnungslosenhilfe und zum Einsatz des Einkommens und Vermögens engagiert und mehrere, auch heute noch lesenswerte Beiträge im Nachrichtendienst des Deutschen Vereins (NDV) verfasst hatte, zog Roland Klinger 1990 in den damaligen Fachausschuss I – Sozialpolitik (heute: Fachausschuss Sozialpolitik, Soziale Sicherung, Sozialhilfe) und in den Hauptausschuss ein. In Baden-Württemberg war er zudem Mitglied der Sozialausschüsse des Landkreistages, des Stadtetages und des Gemeindetages.

Die Pläne für die Bildung eines „Kommunalverbandes für Jugend und Soziales“ lagen bereits in der Schublade, als Roland Klinger im Jahre 2000 zum Verbandsdirektor des Landeswohlfahrtsverbandes Württemberg-Hohenzollern ge-

wählt wurde und dessen Auflösung organisieren sollte. Mit dem KVJS wurde ein „Kompetenz- und Dienstleistungszentrum“ für die 44 Stadt- und Landkreise in Baden-Württemberg und für elf Millionen Menschen geschaffen – und Roland Klinger im Oktober 2004 zum Verbandsdirektor dieses Höheren Kommunalverbandes gewählt; bestätigt wurde diese Wahl ab 1. Januar 2013 für weitere acht Jahre. Als Körperschaft des öffentlichen Rechts obliegt dem KVJS die Aufgaben eines Landesjugendamts; er beaufsichtigt fast 9.000 Kindertagesstätten und rund 500 Jugendheime. Außerdem verhandelt der Kommunalverband mit den teilstationären und vollstationären Pflege-, Jugend- und Eingliederungshilfe-Einrichtungen federführend über die Entgelte in einem Volumen von etwa fünf Milliarden Euro. Schließlich ist der KVJS Ansprechpartner für rund 500.000 Arbeitgeber in Baden-Württemberg und ihre vier Millionen Beschäftigten in allen Fragen der Integration von behinderten Menschen.

Neben dem Hauptamt übte Roland Klinger eine Vielzahl an Aufsichtsrats-, Verwaltungsrats- und Beiratstätigkeiten aus, gehörte als Gesellschaftervertreter den Gesellschafterversammlungen mehrerer Kliniken und Behinderteneinrichtungen an und engagierte sich ehrenamtlich in Stiftungen, Berufsförderungswerken und Hochschulen. Seit 2008 ist er überdies Vorstandsmitglied der Bundesarbeitsgemeinschaft der Höheren Kommunalverbände, seit 2014 dessen Vorsitzender und ebenfalls seit 2014 Mitglied im Präsidium des Deutschen Landkreistages.

Am 4. November 2008 wurde Klinger auf Vorschlag des Dualen Senats der Berufsakademie Stuttgart durch das Wissenschaftsministerium Baden-Württemberg die Ehrensensorenwürde verliehen, und am 19. Oktober 2010 bestellte ihn die Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg zum Honorarprofessor.

Roland Klinger, der am 28. März 2018 seinen 65. Geburtstag begehen kann, wird mit Ablauf des Monats März als Verbandsdirektor des KVJS in den Ruhestand versetzt, mit Wirkung zum 1. April 2018 auch nicht mehr Vorsitzender der Bundesarbeitsgemeinschaft der Höheren Kommunalverbände sein und scheidet deshalb auch als kooptiertes Mitglied des Deutschen Landkreistages aus diesen Gremien aus. Seine Anschrift lautet: KVJS, Postfach 10 60 22, 70049 Stuttgart.

Armin Claus

Staatsminister a. D.,
1977–2001 Mitglied im Hauptausschuss,